

Ökostrom ja – aber nicht um jeden Preis

Bausenat: Städtische Gebäude sollen künftig keine Atomenergie mehr beziehen

Von Johannes Viertlböck

Beim Ziel sind sich die Stadtratsfraktionen einig: Das Aus für die Kernenergie soll möglichst rasch kommen. Dumm nur, dass die Stadt bislang selbst noch den relativ günstigen Atomstrom bezieht. Das könnte sich nun ändern. Denn der Bausenat beschloss am Freitag nach hitziger Debatte, von den Stadtwerken ein Angebot für die Versorgung der städtischen Liegenschaften mit Ökostrom einzuholen. Der Umstieg soll nach Möglichkeit bereits zum Jahreswechsel erfolgen – vorausgesetzt, der Preis stimmt.

Grünen-Fraktionschefin Sigi Hagl hatte mit ihrem Antrag das Thema auf die Tagesordnung gebracht. Den Grund lieferte sie gleich mit: „Es wäre angesichts unseres Neins zur Atomkraft nur konsequent, wenn die Stadt auch keinen Atomstrom mehr beziehen würde.“ Hagl machte sich für einen Umstieg auf den „Ökomax“-Tarif der Stadtwerke stark. Der Strom stamme aus 100 Prozent bayerischer Wasserkraft. „Der Mehrwert an diesem Tarif ist, dass ein Cent pro verkaufter Kilowattstunde in den Ausbau erneuerbarer Energien gesteckt wird.“

Genau das störte jedoch Baudirektor Johannes Doll. Der „Ökomax“-Tarif subventioniere die ökologische Stromerzeugung. „Wenn der Stadtrat den Stadtwerken einen Zuschuss geben will, kann er das doch direkt aus dem Haushalt tun und muss dafür keine Mittel aus dem Budget des Baureferats nehmen.“ Außerdem hätten die Stadtwerke gar nicht mehr genügend Ökostrom übrig und müssten sich daher auf dem Strommarkt bedienen, sagte Doll. Für die Stadt, die für ihre Gebäude pro Jahr fast sieben Millionen Kilowattstunden Strom benötigt, seien mit einem Umstieg auf den „Ökomax“-Tarif darüber hinaus jährliche Mehrkosten von rund 74 000 Euro verbunden.

„Stadt hat Vorreiterrolle“

Sigi Hagl ließ den Einwand nicht gelten. „Es ist klar, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist.“ Allerdings könnten die Mehrausgaben weitgehend aufge-



Ob für Beleuchtung oder Elektrogeräte aller Art: In den städtischen Gebäuden – im Bild das Rathaus in der Altstadt – wird eine Menge Strom verbraucht. Künftig soll die Energie aber nicht mehr aus Atomkraftwerken, sondern ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Das wünschen sich zumindest die Mitglieder des Bausenats. (Foto: LZ-Archiv)

fangen werden, wenn das Energieeinsparpotenzial „endlich konsequent genutzt“ werde. Die Stadt habe eine Vorreiterrolle für private Haushalte. „Wir können als Stadtrat nicht den Umstieg fordern, selbst aber nichts unternehmen.“ Falls sich die Stadt nicht gegen den Bezug von Atomstrom entscheide, sei der Atom-Ausstiegsschluss des Plenums ein bloßes Lippenbekenntnis.

Dem widersprach Oberbürgermeister Hans Rampf (CSU) energisch. Er habe stets darauf hingewiesen, dass die Atomkraft als Brückentechnologie noch eine Weile gebraucht werde. „Die Träumereien der Grünen vom sofortigen Ausstieg sind unrealistisch. Das muss Schritt für Schritt gehen.“ Rückendeckung bekam der Rathauschef von Prof. Dr. Christoph Zeitler. Er halte

nichts von Hagls Antrag, betonte der FDP-Fraktionsvorsitzende. „Den ‚Ökomax‘-Tarif muss man sich auch leisten können. Und wir als Stadt könnten allenfalls einen Ökoministarif zahlen.“

Ähnlich sah es Bernd Friedrich, Fraktionsvorsitzender der Bürger für Landshut (BfL): „Wir haben ein Ausgabenproblem. Wenn mein Geldbeutel leer ist, kann ich kein Geld ausgeben – auch wenn es sich im Verhältnis um einen Kleckerbetrag handelt.“ Und Helge Teuscher von der CSU warnte vor rechtlichen Problemen: „Wir können nicht ein gleiches Produkt zu einem teureren Preis nehmen.“

Einigung auf Kompromiss

Diese Verlagerung auf die rechtliche Ebene sei nur ein Ablenkungsmanöver, entgegnete Hagl. „Die Stadt Bamberg macht so etwas seit zehn Jahren.“ Elke März-Granda (Ausschussgemeinschaft) griff Rampfs Bild vom Atom-Ausstieg „Schritt für Schritt“ auf. „Die Frage ist doch: Wer macht den ersten Schritt? Die Stadt offenbar nicht.“ Angesichts des Diskussionsverlaufs und der sich abzeichnenden Mehrheit gegen Hagls Vorschlag regte März-Granda einen Kompromiss an. Und der sieht so aus: Umstieg auf Ökostrom ja, tarifliche Förderung erneuerbarer Energien nein. „Ohne den Förderanteil würden die Mehrkosten eines Wechsels nur rund 30 000 Euro im Jahr betragen“, sagte März-Granda.

Diese Initiative verfehlte ihre Wirkung nicht. Doll bestätigte, dass dadurch die Kosten für einen Umstieg deutlich sinken würden. Und Rampf schwenkte ebenfalls auf Ökostrom-Kurs ein: „Wenn die Kosten ähnlich sind, wäre das in Ordnung. Dann sind wir wohl alle für Ökostrom.“ Selbst Zeitler gab sich versöhnlich. „Falls keine Zusatzausgaben damit verbunden sind, habe ich nichts gegen einen Umstieg.“ Den guten Willen wollte sich eben keiner absprechen lassen. Ob die Stadt ab 2012 tatsächlich auf Atomstrom verzichten wird, steht damit freilich noch nicht fest. Auch Sigi Hagl hat angesichts der hitzigen Diskussion ihre Zweifel, denn: „Ein kostenneutraler Umstieg auf Ökostrom – das wird wohl nicht gehen.“